

38/1992 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Generalsekretär Peter Hintze:

Wir setzen auf ein Europa der Bürger

Auf einer Pressekonferenz am 1. Dezember 1992 zur bevorstehenden Debatte über die Verträge von Maastricht im Deutschen Bundestag erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Im Frühjahr dieses Jahres hat die CDU die bundesweite Aktion „Wir machen uns stark für Europa“ gestartet. Mit dem Düsseldorfer Parteitag unter dem Motto „Wir gewinnen mit Europa“ hat diese Aktion einen ersten Höhepunkt erreicht. Wir stehen jetzt am Beginn einer zweiten Aktionsphase. Es hat sich gezeigt, daß diese Aktion notwendig und sinnvoll ist. Wenn wir das geeinte Europa wollen, dann müssen wir auch bereit sein, dafür einen besonderen Einsatz zu erbringen. Wir müssen über die Vorteile Europas informieren. Wir müssen Mißverständnisse ausräumen. Und wir müssen vor allem Front machen gegenüber jenen, die Europa bekämpfen.

Aggressiver Nationalismus droht wieder. Italienische und flämische Neofaschisten sind im Kommen, DVU und REPS in deutschen Landtagen, Le Pen und seine Freunde weiter im Vormarsch, und im tschechoslowakischen Bundestag rufen rechtsextremistische Abgeordnete „Sieg Heil“. Das erstaunt, erschreckt und erschüttert.

Fortsetzung auf Seite 3

HEUTE AKTUELL

● Extremismus

Ausländerfeindlichkeit wird bei uns auch künftig keine Chance haben. Brief des Generalsekretärs an über hundert Partnerparteien der CDU im Ausland.
Seite 6

● Beschäftigung

Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern wird zielgenauer. Von Horst Günther. Seite 16

● Rauschgift

Freigabe von Haschisch und Marihuana arbeitet der Drogenmafia in die Hände. Interview mit Johannes Gerster. Seite 21

● Öffentlichkeitsarbeit

Weihnachtswerbemittel mit der Weihnachts-CD und der CD „Musik aus Europa“. Seite 27

● Dokumentation

Bundeskanzler Helmut Kohl: Wir stehen vor der Notwendigkeit eines tiefgreifenden Umdenkens. Bundestagsrede anlässlich der 2. Beratung des Bundeshaushalts 1993. Grüner Teil

Beschlüsse zur Europapolitik auf dem 3. Parteitag

Zusammen mit der europapolitischen Grundsatzrede des Parteivorsitzenden sind ab sofort in unserem Versandzentrum die folgenden Parteitagsbeschlüsse zur Europapolitik erhältlich:

● **Harte Währung** —
stark im gemeinsamen Markt
Bestellnummer: **3563**

● **Grenzüberschreitende**
Verbrechensbekämpfung
Bestellnummer: **3564**

● **Asylpolitik**
Bestellnummer: **3565**

● **Wie wir uns Europa denken**
Bestellnummer: **3566**

● **Gemeinsam Verantwortung**
in Europa und der Welt
wahrnehmen
Bestellnummer: **3567**

Die Broschüren enthalten auch die jeweiligen Einführungsreden.

● **Grundsatzrede des Parteivorsitzenden Helmut Kohl**
Bestellnummer: **3562**



GEMEINSAM VERANTWORTUNG IN EUROPA UND IN DER WELT WAHRNEHMEN



Für alle Broschüren gilt:
Verpackungseinheit: 25 Expl.
Preis je Verpackungseinheit: 15,60 DM

Neue Broschüre: „Ausländer in Deutschland“

Der christlich demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. will mit seiner neuen 20seitigen Informationsbroschüre „Ausländer in Deutschland“ über die Situation ausländischer Mitbürger in Deutschland informieren und das gegenseitige Verständnis füreinander wecken.

Die Ausländerbeauftragte des Landes Berlin, Frau Barbara John, stellt die Aufgabenschwerpunkte ihrer Arbeit dar. Weiterhin wird über die rechtliche und soziale Situation von

Ausländern informiert. Einzel-exemplare können kostenlos bezogen werden über:

**Frischluft e.V.,
Annaberger Straße 283,
5300 Bonn 2,
Telefon (02 28) 31 00 23,
Fax (02 28) 31 47 03**

Bei größerer Anzahl bitte pro Broschüre 0,50 DM + 1,00 DM Rückporto in Briefmarken beilegen.

Wer gegen die Einigung Europas kämpft, gefährdet die Zukunft

Fortsetzung von Seite 1

Die Bekämpfung der rechtsradikalen Gewalt ist eine der vordringlichsten innenpolitischen Aufgaben. Die ausländerefeindlichen Ausschreitungen und Übergriffe bis hin zu Brandanschlägen und feigen Morden bedrohen den inneren Frieden unseres Landes.

Brief an die Partnerparteien

Ich habe heute ein Schreiben an unsere Partnerparteien im Ausland gerichtet und ihnen erläutert, daß die überwältigende Mehrheit der Deutschen seit Jahrzehnten in Frieden und Eintracht mit inzwischen sechs Millionen Ausländern zusammenlebt. Wir dürfen nicht zulassen, daß die Taten einer kleinen, gewaltbereiten Randgruppe in verfälschender Weise das Bild unseres Landes und seiner Menschen prägen.

Unsere Glaubwürdigkeit im Kampf gegen die Gewalt wird entscheidend davon abhängen, daß wir alle Mittel einsetzen, die dem Rechtsstaat zur Verfügung stehen. Der Staat darf das ihm — und nur ihm! — zustehende Gewaltmonopol nicht von Chaoten und Politextremisten in Frage stellen lassen. Hier steht die innere Souveränität Deutschlands auf dem Spiel.

Aufgabe der Länder-Innenminister ist es in dieser Situation der fortgesetzten Eskalation, besondere Vorkehrungen zum Schutz aller Einrichtungen zu treffen, die Ziel ausländerefeindlicher Angriffe werden können. Potentielle Gewalttäter dürfen sich nicht in Sicherheit wännen. Der Fahndungsdruck muß erhöht werden. Darüber hinaus ist es unabdingbar, Orga-

nisationen wie die REP und die DVU, die Nährboden für rechtsradikales Gedankengut sind, bundesweit durch den Verfassungsschutz observieren zu lassen.

Im Kampf gegen den Extremismus sind folgende Maßnahmen notwendig:

- Haftrichter müssen in die Lage versetzt werden, Gewalttäter unabhängig von einer rechtskräftigen Vorverurteilung in Untersuchungshaft zu nehmen.
- Der Tatbestand des Landfriedensbruchs muß so gefaßt werden, daß auch diejenigen sich strafbar machen, die sich bei Gewaltanwendungen trotz Aufforderung nicht entfernen und dadurch die Ergreifung von Gewalttätern erschweren.
- Rechtsextremistische Organisationen müssen konsequent verboten werden. Es ist sicherzustellen, daß sich verbotene Organisationen nicht unter anderem Namen neu gründen und ihre Aktivitäten fortsetzen.

Der Staat muß Härte zeigen

Ausländerfeindliche Akte sind kriminelle Handlungen, für die es kein Verständnis, keine Sympathie und keine Unterstützung geben darf. Der Staat ist jetzt gefordert, Härte zu zeigen.

Europa steht an einer Weggabelung: Wenn die rechtsradikalen Rattenfänger sich behaupten, wenn Haß und Gewalt zum Alltag zwischen den Menschen unterschiedlicher Kulturen wird, wenn Neid, Mißgunst und Aggressivität das Zusammenleben der Völker Europas wieder prägt, dann ziehen schwarze Wolken über unserer gemeinsamen Zukunft auf. Wer gegen die Einigung Europas kämpft, der dreht das Rad der Geschichte zurück und

gefährdet die Zukunft eines ganzen Kontinents.

Wir werden die Probleme nur in den Griff bekommen, wenn die Politik der Europäer eine klare Alternative zu einem sich über andere Völker erhebenden aggressiven Nationalismus bietet. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ist die Versuchung für viele wieder groß zu sagen: „Das können wir auch alleine, das lösen wir ohne oder gegen unsere Nachbarn.“ Gefährliche Konflikte würden dann zur alltäglichen Tagesordnung, Emotionen würden aufgepeitscht, Rädikale hätten ihre Chance.

In diesem Jahrzehnt wird entschieden, welchen Weg Europa geht: vorwärts zur Zusammenarbeit in der Europäischen Union oder rückwärts in die Konflikte des 19. Jahrhunderts. Es geht um mehr als um Quoten für Rapsöl. Es geht darum, ob Europa eine Zukunft hat oder im Austragen von Gegensätzen seine Chancen verspielt. Jugoslawien ist da ein unübersehbares Warnsignal. Weitere politische Erdbeben im Osten unseres Kontinents kann niemand ausschließen.

II. Auch der Kern des neuen Europa, die Europäische Gemeinschaft, steht vor schweren Belastungsproben.

● Der Deutsche Bundestag wird Maastricht morgen ratifizieren. Großbritannien und Dänemark werden jedoch frühestens im Sommer 1993 folgen. Briten und Dänen muß klar sein: Es gibt keine „EG-light“. Die CDU will kein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“. Das wird aber nur möglich sein, wenn Briten und Dänen der Strategie eines europäischen Bummelzugs eine klare Absage erteilen.

● Europa lebt vom Willen zum Kompromiß, von der Bereitschaft, aufeinander zuzugehen. Ohne Solidarität, ohne die Bereitschaft zum wechselseitigen Geben und Nehmen kann die Europäische Union nicht funktionieren. Ich appelliere

eindringlich an unsere französischen Partner: Hände weg vom GATT-Kompromiß! Wir brauchen den freien Weltmarkt heute dringender denn je.

● Die Spannungen und Konflikte im Europäischen Währungssystem haben erneut gezeigt, daß längst noch nicht alle Partner in der Gemeinschaft reif sind für die Wirtschafts- und Währungsunion. Sie haben aber auch deutlich gemacht, welche politischen Belastungen für Deutschland von der D-Mark als europäischer Leitwährung ausgehen.

Auf Dauer würden wir das weder politisch noch ökonomisch durchstehen. Wir brauchen die Entlastung durch eine gemeinsame Währung der europäischen Stabilitäts-Währungsländer. Es wird in Europa nicht auf Dauer akzeptiert werden, wenn die grundlegenden Zinsentscheidungen für Europa von einem rein deutschen Gremium in Frankfurt getroffen werden. So wie wir in den fünfziger Jahren die Entscheidungen über die Schlüsselbereiche Kohle und Stahl europäisiert haben, so müssen wir dies jetzt in den neunziger Jahren für die Währung tun.

III. Eins bleibt aber klar: wir sind keine „Augen-zu-und-durch-Europäer“. Wir haben klare Vorstellungen, wo wir Veränderungen durchsetzen müssen. Mit unserem Düsseldorfer Parteitag haben wir unseren Weg markiert: Wir wollen die Europäische Union subsidiär, föderal und demokratisch gestalten. Jetzt geht es an die Arbeit.

● Ich werde eine Arbeitsgruppe „Europäische Verfassung“ einsetzen mit dem Auftrag, die verfassungsrechtlichen Grundlagen einer entsprechend unserem Düsseldorfer Parteitagsbeschuß subsidiär, föderal und demokratisch strukturierten Europäischen Union zu entwerfen. Diese Kommission soll klären, wie der Grundsatz der Subsidiarität, das

Europa der Regionen und die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Institutionen in einer europäischen Verfassung verankert werden können. Die Bürger wollen wissen, wo es hingehet. Wir schulden ihnen Klarheit. Eine Verfassungsdiskussion kann am ehesten Eindeutigkeit schaffen.

- Ein bürgernahes Europa braucht bürgernahe Sprachen. Deutsch muß gleichberechtigte Arbeitssprache in allen Institutionen der EG werden.

- Wir müssen nach Zuständigkeiten strukturiert diejenigen Aufgaben zusammenstellen, die entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip besser auf nationaler oder Länderebene als gegenwärtig auf europäischer Ebene gelöst werden können. Diese müssen dann gegebenenfalls von der Europäischen Gemeinschaft zurückverlagert werden.

- Die Länder sollten endlich verbindlich zugestehen, daß im europäischen „Auschuß der Regionen“ neben den deutschen Ländern auch die Kommunen vertreten sind. Gelebter Föderalismus darf nicht auf Länderebene stehen bleiben.

- Der bevorstehende EG-Gipfel in Edinburgh muß konkret den Weg aufzeigen, wie die Subsidiarität in Europa gesichert werden kann. Die Gemeinschaft darf nur noch dann zuständig sein, wenn ihr Kompetenzen im Europäischen Unionsvertrag explizit zugewiesen worden sind.

- Deutschland muß selbst alles tun, um voll europafähig zu werden. Dazu gehört auch, daß die SPD endlich bereit ist, die größer gewordene internationale Verantwortung Deutschlands zu akzeptieren. Deutschland isoliert sich in der Völkergemeinschaft, wenn es weiterhin nicht bereit und in der Lage ist, an gemeinsamen militärischen Maßnahmen zur Sicherung und Wiederherstellung des Friedens teilzunehmen. Wir brauchen endlich eine verfassungspolitische Klarstellung.

IV. Die CDU wird die Europadebatte weiterhin offensiv führen. Die Aktion „Wir machen uns stark für Europa“ geht jetzt nach dem Düsseldorfer Parteitag in ihre 2. Phase.

Die 1. Phase war erfolgreich. Die Landesverbände und nahezu alle Bundesvereinigungen haben sich mit eigenen Parteitagen, Kongressen, Aktionswochen, durch die Gründung von Landesfachausschüssen und durch Zielgruppenveranstaltungen beteiligt. Auf Kreis-, Stadt- und Ortsverbandsebene haben viele hundert weitere Veranstaltungen stattgefunden. Der Düsseldorfer Parteitag hat diese 1. Phase mit seinen europapolitischen Beschlüssen erfolgreich abgeschlossen.

Bis zum Sommer nächsten Jahres werden wir die Informationsveranstaltungen für unsere inzwischen 650 Europaansprechpartner vor Ort intensivieren. Die Partnerschaftsaktion mit Städten in Polen, Ungarn und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik wird fortgesetzt.

Herausforderung annehmen

Neue Arbeitsschwerpunkte sind Informationen über den Europäischen Binnenmarkt, die Verknüpfung mit dem europapolitischen Teil der Grundsatzprogrammdiskussion, die Diskussion einer europäischen Verfassung und die Aufklärung über die Chancen der neuen Bundesländer durch Europa.

Wir nehmen als Christlich Demokratische Union Deutschlands die Herausforderung an. Wir stehen für ein gutnachbarschaftliches Zusammenleben in Europa und gegen den nationalistischen Ungeist. Wir haben aus Deutschlands Geschichte gelernt. Totalitären Ideologien von links und rechts muß von Beginn an mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Wir setzen auf ein Europa der Bürger.

Generalsekretär Peter Hintze:

Ausländerfeindlichkeit wird bei uns auch künftig keine Chance haben

In einem Brief an die Generalsekretäre von über hundert Partnerparteien der CDU weltweit auf allen Kontinenten hat Generalsekretär Peter Hintze zu den jüngsten Ausschreitungen und Übergriffen politischer Extremisten und Gewalttäter Stellung genommen:

Die Zeitungen haben breit darüber berichtet, die Fernsehsender haben die Bilder gezeigt: In Deutschland treibt eine kleine, aber radikale und brutale Gruppe politischer Extremisten und Gewalttäter ihr kriminelles Unwesen. Sie verüben schlimme Verbrechen. Sie greifen Menschen, insbesondere bei uns lebende Ausländer an, zünden ihre Häuser an und schrecken sogar vor Mord nicht zurück. Diese Vorgänge erfüllen uns Deutsche mit Abscheu und Empörung; wir schämen uns, daß derartiges in unserem Land passieren kann.

Ich bin mir völlig sicher, daß eine überwältigende Mehrheit der Menschen in Deutschland die Übergriffe scharf verurteilt und die Position der CDU teilt: Die ausländerfeindlichen Ausschreitungen und Übergriffe verletzen die unveräußerliche Würde des Menschen, die unabhängig ist von Rasse, Nationalität oder Hautfarbe. Straßenterror und brutale Gewalt sind Angriffe auf die Rechts- und Werteordnung unserer Verfassung. Sie sind eine Herausforderung für unseren freiheitlichen Rechtsstaat und mit der demokratischen Kultur unseres Landes unvereinbar. Wir werden gegen die Gewalttäter und ihre Sympathisanten mit aller Entschiedenheit vorgehen.

Die Welle der Gewalt wirft ohne Zweifel

einen Schatten auf das in mehr als 40 Jahren gewachsene Vertrauen, das sich unser Land unter den Demokratien und freien Völkern der Welt erworben hat. Für die Beunruhigung und die Sorge, mit der man außerhalb Deutschlands die Ereignisse bei uns verfolgt, habe ich Verständnis, auch wenn die Berichte und Kommentare der Realität nicht immer gerecht werden. Um so mehr bin ich denjenigen in Politik und Medien dankbar, die sich um eine realistische, objektive und differenzierte Beurteilung bemühen.

Wer Deutschland und den Deutschen gerecht werden will, der wird feststellen:

Brief des Generalsekretärs an über hundert Partnerparteien der CDU im Ausland

Die überwältigende Mehrheit unseres Volkes lehnt politischen Extremismus, Fremdenhaß und Gewalt entschieden ab. Sie bekennt sich eindeutig zu Demokratie, Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit.

Ich habe vor kurzem an der großen Demonstration in Berlin für die Unverletzlichkeit der Würde des Menschen teilgenommen und habe dort eine unübersehbare Menschenmenge erlebt, die mit großem Ernst und absoluter Friedfertigkeit vor aller Welt bekundet hat: Wir stellen uns schützend vor alle Menschen! Ich habe erlebt, wie mit mir und meinen politischen Freunden Hunderttausende aus

den Gewerkschaften, aus kirchlichen Gruppen, aus Vereinen und aus anderen politischen Parteien ein unübersehbares Zeichen gesetzt haben: Für Demokraten ist die Würde des Menschen unantastbar.

Leider haben die Medien den 700 linksradikalen Randalierern mehr Aufmerksamkeit gewidmet als den 350.000, die friedlich demonstriert haben.

Wer unser Land kennt, weiß: Deutschland ist ein weltoffenes und ausländerfreundliches Land. Seit Jahrzehnten leben wir Deutschen friedlich und in gutem Miteinander mit rund 6 Millionen Ausländern zusammen. Es wäre deshalb unzutreffend und ungerecht, den Deutschen pauschal Fremdenfeindlichkeit zu unterstellen. Sie sind Nachbarn, Arbeitskollegen, Vereinskameraden, gute Bekannte und Freunde. Sie bereichern unser Leben auf vielfältige Weise.

Aus Hinweis auf die schwierige Lage in Deutschland muß ich darauf aufmerksam machen, daß unser Land in besonderer Weise von den weltweit wachsenden Wanderungsbewegungen betroffen ist. So nehmen wir allein in diesem Jahr 250.000 Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien auf. Dazu kommen etwa 470.000 Menschen, die im Jahr 1992 bei uns einen Asylantrag stellen.

60 Prozent aller nach Europa kommenden Asylbewerber stellen in Deutschland ihren Antrag; unser Land nimmt derzeit mehr Flüchtlinge auf, als alle übrigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft zusammen.

Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die deutsche Verfassung eine weltweit einmalige Asylpraxis vorsieht: Jeder Asylbewerber — auch wenn er aus einem Land kommt, in dem es gar keine

Verfolgung gibt — hat bei uns Anspruch auf ein individuelles Verwaltungs- und Gerichtsverfahren einschließlich eines Rechtes auf Unterbringung und Versorgung für die Dauer des Verfahrens.

Allein in diesem Jahr werden rund eine halbe Million neue Anträge auf Gewährung von Asyl zu bearbeiten sein; die Erfahrung der zurückliegenden Jahre hat gezeigt, daß in weit über 90 Prozent der Fälle die Anträge abgelehnt werden müssen, weil die Antragsteller gar keiner Verfolgung ausgesetzt sind.

Es ist offenkundig, daß der größte Teil der Menschen, die in Europa Asyl beantragen, dies aus wirtschaftlichen Gründen tun und weit mehr als die Hälfte von ihnen dies in Deutschland tun, weil die rechtlichen Voraussetzungen für sie hier am günstigsten sind. Sie sind es deshalb, weil unsere Verfassung im Jahr 1949 unter dem Eindruck der Diktatur des Nationalsozialismus entstand, die viele Deutsche zum Verlassen der Heimat und zur Bitte um Asyl in der Fremde gezwungen hatte.

Wir Deutschen stehen auch deshalb heute uneingeschränkt zu der Pflicht, denjenigen Zuflucht zu gewähren, die in anderen Ländern aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen verfolgt werden.

Das Asylrecht kann aber nicht das geeignete Instrument zur Linderung der wirtschaftlichen Probleme in anderen Ländern der Erde sein. Es darf nicht übersehen werden, daß die Integrationskraft einer jeden Gesellschaft begrenzt ist. Wir brauchen deshalb dringend eine europäische Lösung der Asylproblematik, durch die die Lasten gerecht verteilt werden. Die CDU setzt sich dafür ein, dazu in Deutschland die erforderlichen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. ►

Ich wäre Ihnen, sehr geehrter Herr Generalsekretär, sehr dankbar, wenn Sie das Ziel einer gemeinsamen europäischen Lösung der Asylproblematik nach Kräften unterstützen könnten.

Auch scheint es mir geboten, im Ausland mehr als bisher über die besondere Lage in Deutschland im Hinblick auf die Asylbewerber zu informieren.

Zwischen allen demokratischen Parteien in Deutschland besteht Konsens, daß die hohe Zahl von Asylbewerbern absolut keine Rechtfertigung für fremdenfeindliche Akte sein darf. Wir Deutschen wissen aus unserer Geschichte, daß Extremismus, Haß und Gewalt immer ins Unglück geführt haben. Wir haben aus unserer Geschichte gelernt; unsere Demokratie hat sich in den zurückliegenden 40 Jahren immer wieder als so stabil erwiesen, daß radikale Tendenzen niemals auch nur im Ansatz eine Chance hatten, zur bestimmenden Kraft zu werden.

Unsere Demokratie wird sich auch jetzt gegen ihre inneren Feinde mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zur Wehr setzen. Wir werden dem Treiben extremistischer Gewalttäter eine eindeutige und entschiedene Antwort geben. Wer gewalttätig gegen Menschen vorgeht, wer Häu-

ser in Brand setzt und Fremdenhaß schürt, ist ein Krimineller und muß als solcher behandelt werden. Für solche Taten gibt es keine Rechtfertigung und kein Verständnis, und jeder muß damit rechnen, unnachsichtig verfolgt und mit der vollen Härte des Gesetzes bestraft zu werden.

Alle Freunde und Partner Deutschlands in der Welt sollen wissen: Wir werden die freiheitliche Demokratie, die wir in 40 Jahren aufgebaut haben, gegen jeden Angriff entschlossen verteidigen. Politischer Extremismus und Ausländerfeindlichkeit werden auch künftig in Deutschland keine Chance haben.

Mir lag sehr daran, sehr geehrter Herr Generalsekretär, Sie über diese Zusammenhänge zu informieren. Angesichts der starken Beachtung, die die Vorgänge der letzten Wochen bei uns in den Medien auch Ihres Landes gefunden haben, wollte ich nicht versäumen, Ihnen persönlich meine Sicht der Lage in Deutschland darzulegen. Es würde mich freuen, wenn Sie Gelegenheit hätten, entstandene Mißverständnisse aufzuklären und aufkommende Befürchtungen zu zerstreuen.

Volker Rühe legt Grundstein für Marinetechnik-Schule

Bundesverteidigungsminister Volker Rühe hat den Grundstein für eine Marinetechnik-Schule in Parow bei Stralsund gelegt.

Sie wird künftig die gesamte Technikausbildung der Bundesmarine übernehmen, die bisher auf acht Standorte in den alten Bundesländern verteilt ist. Anfang 1996 soll der Lehrbetrieb auf-

genommen werden. Die Fertigstellung des gesamten Objektes ist für das Jahr 2001 geplant.

An der Schule können pro Jahr 5.000 Soldaten ausgebildet werden. Auf dem 80 Hektar großen Gelände der ehemaligen Flottenschule der DDR-Marine entstehen Hörsäle, Labors, schiffstechnische Anlagen und Unterkünfte.

Rechtsextremistische Vereinigung „Nationalistische Front“ verboten

Bundesinnenminister Rudolf Seiters hat am 27. November die neonazistische Vereinigung „Nationalistische Front“ (NF) verboten und den sofortigen Vollzug dieser Maßnahme angeordnet.

Das Vereinsverbot wird von den zuständigen Länderbehörden vollzogen. Das betrifft vor allem die Sicherstellung des Vereinsvermögens, die Beschlagnahme von Beweismitteln sowie Wohnungsdurchsuchungen.

Die NF ist eine aktiv-kämpferische Organisation mit dem Ziel, die demokratische Grundordnung zu beseitigen. Das politische Programm der NF greift Forderungen aus dem 25-Punkte-Programm der NSDAP auf.

Hochmobile „Kampftruppen“

Ihr Vorsitzender Meinolf Schönborn hat mit dem Aufbau eines sog. „Nationalistischen Einsatzkommandos“ (NEK) begonnen, um straff gegliederte, hochmobile „Kampftruppen“ u. a. für Aktionen gegen Ausländer, politische Gegner und Staatsorgane aufzustellen. In sog. „Ausbildungszeltlagern“ veranstaltete die NF für ihre Mitglieder militär- und wehrsportähnliche Übungen.

Der Generalbundesanwalt hat vor diesem Hintergrund Anfang 1992 ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Verabredung zur Gründung einer rechtsterroristischen Vereinigung eingeleitet. Im Rahmen weiterer strafrechtlicher Ermittlungsverfahren wurden bei NF-Aktivisten Waffen, Munition sowie Material beschlagnahmt, das zur Herstellung von Brand- und Sprengsätzen geeignet ist.

Zu dem Verbot erklärte Rudolf Seiters:

Dem widerwärtigen Treiben von Rechtsextremisten muß energisch mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entgegengetreten werden. Durch ihre ständige Agitation wollen rechtsextremistische Organisationen eine ausländerfeindliche Stimmung erzeugen und anheizen. Sie fördern damit ausländerfeindliche Ausschreitungen. Dies kann und wird der Staat nicht hinnehmen.

Die heute von mir verbotene NF richtet sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung. Ihr Angriffsziel ist vor allem die Würde des Menschen. Ausländer, Asylbewerber und Angehörige von Minderheiten wurden fortgesetzt diffamiert. In ihren Publikationen hat die NF antisemitische Hetze verbreitet. Die heute erlassene Verbotsverfügung setzt ein nachdrückliches und unübersehbares Warnsignal gegen rechtsextremistische Agitation und Gewalt. Dem heutigen Schritt werden weitere Maßnahmen folgen.

Die gegenwärtigen extremistischen und terroristischen Ausschreitungen vor allem gegen Ausländer sind schändlich. Sie schaden dem Ansehen Deutschlands in der Welt. Wir Deutschen wissen aus dem leidvollen Teil unserer Geschichte, daß Extremismus, Haß und Gewalt immer in Unheil und Verhängnis geendet haben.

Straßenterror und brutale Gewalt sind verabscheuungswürdige Angriffe auf unsere Rechts- und Wertordnung. Sie verletzen die unveräußerliche Würde der Menschen und bedrohen den inneren Frieden unseres Landes.

Unser Rechtsstaat wird das bestehende gesetzliche Instrumentarium nutzen, um

Horst Seehofer:

Bedarfsplanung ist notwendig und auch verfassungsgemäß

Zum Protest von Ärzten und Medizinstudenten gegen die Zulassungsbeschränkung für Kassenärzte erklärte Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer:

Bereits jetzt besteht eine Bedarfsplanung für die Niederlassung zum Kassenarzt. Diese wird ab 1. Januar 1993 wirksamer ausgestaltet, damit nicht in ohnehin schon überversorgten Regionen die Kassenarztzahlen steigen. Auch bei Inkrafttreten dieser Vorschriften werden 60 Prozent aller Bezirke für die Niederlassung offenstehen. Nur mit dieser Regelung kann eine ausgeglichene und funktionsfähige ambulante Patientenversorgung gewährleistet werden. Sie liegt damit im Interesse der Ärzte und Patienten.

Die Übergangsregelung stellt sicher, daß jeder in der klinischen Ausbildung befindliche Student sich noch niederlassen kann. Angehende Studenten müssen sich allerdings überle-

gen, ob ein Medizinstudium noch sinnvoll ist, wenn sie die Niederlassung anstreben. Für diese Studenten kann nicht garantiert werden, daß sie nach Abschluß ihrer Ausbildung eine Kassenzulassung erhalten. Denn ab 1999 werden Ärzte nur dann zugelassen, wenn ein Bedarf besteht. Allerdings ist zu beachten, daß zwei Drittel aller Ärzte außerhalb der Kassenarztpraxis tätig sind.

Die Vereinbarkeit der Kassenzulassungsbeschränkungen mit der Verfassung ist geprüft. Bei der Abwägung zwischen der Finanzierbarkeit der gesetzlichen Krankenversicherung und dem Recht eines jeden Arztes auf Zugang zum Kassenarztsystem ist die Sicherung der gesetzlichen Krankenversicherung nach Auffassung der Bundesregierung und der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP das vorrangige Gemeinschaftsgut. Die Freiheit zur Niederlassung als Arzt wird niemandem beschnitten.

kriminelle Gewalt konsequent zu verfolgen und zu ahnden. Wer Ausländerhaß schürt, wer Gewalt und Terror ausübt, muß mit der vollen Härte der Gesetze rechnen.

Gefordert sind rechtsstaatliche Stärke und Besonnenheit. Dazu gehört auch, unvoreingenommen zu prüfen, welche rechtsstaatlichen Mittel zusätzlich nötig sind, um die Täter zur Rechenschaft zu ziehen und vorbeugend zu wirken gegen jede Art von Rechtsextremismus, Kriminalität und Gewalt. ■

Richtigstellung

In dem Forderungskatalog des Bundesfachausschusses Frauenpolitik zum Thema „Frauen in den neuen Bundesländern“ heißt es im UID 32/1992 (Seite 22) irrtümlich: „Festschreibung von hauptamtlichen Gleichstellungsauftragten (ab 100 000 Einwohnern) in den Gemeindeordnungen“. — Es muß aber heißen: „ab 10 000 Einwohnern“.

Die grausamen Verbrechen an Frauen und Kindern sofort stoppen

Rita Süßmuth, Bundesvorsitzende der Frauen-Union, und Maria Böhmer, Vorsitzende des Bundesfachausschusses Frauenpolitik der CDU:

Mit großer Bestürzung stellen wir fest, daß in Bosnien/Herzegowina Mädchen und Frauen in großer Zahl systematisch und brutal vergewaltigt werden und damit elementare Menschenrechte fortgesetzt verletzt werden. Wir protestieren aufs Energischste gegen diese menschenverachtende Form der Kriegsführung.

Bundesfachausschuß Frauenpolitik und Bundesvorstand der Frauen-Union der CDU unterstützen den Aufruf der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und fordern die Gliederungen der Frauen-Union — die Landes-, Bezirks- und Kreisverbände, aber auch jedes einzelne Mitglied — auf, in großer

Zahl Protestbriefe an den Ministerpräsidenten Milan Panic zu richten.

Die Vorsitzende des Bundesfachausschusses Frauenpolitik, Maria Böhmer, und die Bundesvorsitzende der Frauen-Union, Rita Süßmuth, halten für unabdingbar:

- Das sofortige Ende der Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen;
- Auflösung der Vergewaltigungslager;
- Schutz und Hilfe für vergewaltigte Mädchen und Frauen und ihre Kinder.

Täter bestrafen

Diese grausamen Verbrechen an Frauen und Kindern müssen sofort gestoppt, die Täter unverzüglich bestraft werden.

Die Frauen-Union und der Bundesfachausschuß treten dafür ein, daß dieses Thema im Deutschen Bundestag behandelt wird. ■

Studienmöglichkeiten für DDR-Benachteiligte

Der Generalsekretär der CDU Thüringen, Friedrich Claudius Schlumberger, hat die Schaffung von Studienmöglichkeiten für diejenigen jungen Menschen gefordert, denen in der DDR das Abitur verweigert wurde.

Viele junge Menschen, die nicht zur Jugendweihe gingen oder auf ein Engagement in der FDJ verzichtet haben, stattdessen aber aktiv in der Kirchenarbeit waren, wurde vom SED-Regime der Zugang zum Abitur verweigert. Nach der Vereinigung Deutschlands ist das fehlende Abitur

nun der Grund, warum sie nicht studieren können. Viele der Betroffenen sind heute jedoch in einem Alter, in dem sie nicht erst noch einmal über mehrere Jahre das Abitur nachholen können.

Deshalb sollte, so Schlumberger, eine Begabtensonderprüfung für den betroffenen Personenkreis geschaffen werden, die ihnen ermöglicht, auch ohne Abitur ein Studium an einer Hochschule zu beginnen. Da mittlerweile mehr als zwei Jahre nutzlos verstrichen seien, sollten entsprechende Prüfungen unverzüglich durchgeführt werden.

Der Haushalt 1993 ist ein Erfolg für die jungen Bundesländer

Nachdem das Kabinett schon vor einigen Wochen die nicht haushaltsrelevanten Vorschläge aus dem Erfurter 12-Punkte-Programm der mitteldeutschen CDU-Abgeordneten akzeptiert hat, werden nun auch die meisten haushaltsrelevanten Punkte durch den am 27. November beschlossenen Bundeshaushalt in die Tat umgesetzt.

Clemens Schwalbe, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Insbesondere sind wir den Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuß dankbar, die neben den vom Finanzminister vorgesehenen fünf Milliarden DM durch Einsparungen und Umschichtungen weiterer drei Milliarden DM bereitgestellt haben.

Die Investitionszulage und die umfassende Förderung des Wohnungsbaues mit einem Verfügungsrahmen von insgesamt 800 Millionen DM werden wichtige Impulse für den Wiederaufbau in den neuen Bundesländern geben. Neben diesen entscheidenden Fragen des wirtschaftlichen Aufbaus wurde aber auch der kulturelle Bereich nicht vernachlässigt. Die Aufstockung der Kulturförde-

rung um 300 Millionen DM ist ein deutliches Zeichen, daß die Bundesregierung und die sie tragende Koalition alles tun, um in allen Bereichen des Lebens eine möglichst schnelle Angleichung der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu erreichen.

Festhalten an solider Linie

Über weitere konkrete Maßnahmen wird im Nachtragshaushalt entschieden werden. Die Klarstellung des Finanzministers, daß dies wiederum nur durch Einsparungen und Umschichtungen erreicht werden kann, macht deutlich, daß die Union nach wie vor an einer soliden und verantwortungsbewußten Linie der Haushaltsführung festhält. Auch dies beweist die Handlungs- und Leistungsfähigkeit dieser Bundesregierung.

Wenn Frau Matthäus-Maier (SPD) davon redet, daß die Abgeordneten aus den jungen Bundesländern mit ihren Erfurter Vorschlägen gescheitert seien, so zeigt sie damit, daß sie offensichtlich weder die Erfurter Vorschläge noch die Aussagen des Bundeshaushaltes 1993 verstanden hat.

Renten in den neuen Ländern erhöht

Die Renten in der gesetzlichen Rentenversicherung und der Unfallversicherung sowie die Kriegsofferrenten in den neuen Ländern werden zum 1. Januar 1993 um 6,1 Prozent erhöht. Der Bundesrat hat am 27. November 1992 einer entsprechenden Rechtsverordnung der Bundesregierung zugestimmt. Mit der Verordnung soll der Entwicklung von Löhnen und Gehältern im kommenden Halbjahr auch bei den Renten Rechnung getragen werden. Die verfügbare Standardrente in den neuen Ländern steigt damit auf zwei Drittel der vergleichbaren Standardrente in den alten Ländern (zur Zeit ca. 62 Prozent).

Jürgen Rüttgers:

Augenmaß als Kardinaltugend

Die Haushaltsdebatte dieser Woche hat deutlich die Weggabelung markiert, an der Politik und Gesellschaft in Deutschland heute stehen. Wir haben die Wahl

- zwischen strikter Sparsamkeit oder ungebremster Verschuldung,
- zwischen zumutbarer Mäßigung bei den Einkommen oder hohen Inflations- und Zinsraten,
- zwischen mehr Eigenverantwortung oder einer Überforderung unseres Gemeinwesens.

Das ist keine Angelegenheit des Bundes allein. Länder und Gemeinden müssen mitziehen. Es kommt auch nicht nur auf die öffentliche Hand an. Die Tarifparteien stehen in der Mitverantwortung. Deshalb haben Bundesregierung und Koalitionsfraktionen drei Schritte in Gang gesetzt:

- Der Bundeshaushalt 1993 ist ein Sparhaushalt. Die Eckwerte sind solide und verbindlich. Trotz zusätzlicher Anstrengungen für den Aufbau Ost bleibt es bei der Ausgabenbegrenzung von +2,5 Prozent. Die Neuverschuldung liegt noch zwei Milliarden Mark unter den Vorgaben des Finanzplans, obwohl konjunkturbedingte Steuerausfälle zu verkraften sind. Auch weitere Anstrengungen für die jungen Bundesländer werden mit entsprechenden Einsparungen finanziert und ändern nichts an der klaren und soliden Gestaltung dieses Haushalts.

- Der Solidarpakt für Deutschland: Tarifparteien und öffentliche Hände sollen und müssen sich über Sparmaßnahmen im Sozialbereich, maßvolle Lohnabschlüsse, den Abbau von Subventionen

und über die zukünftige Verteilung der Lasten einigen.

- Das föderale Konsolidierungskonzept: Der Bund ist bereit, zusammen mit Ländern und Gemeinden Personalkosten zu senken und gesetzliche Regelungen zu ändern, um allen den Sparkurs leichter zu machen. Wir wollen in den nächsten Wochen und Monaten eine neue Verständigung darüber erreichen, was der Staat leisten soll und leisten kann. Konkret heißt dies: sparen, die Besitzstände überprüfen, Verordnungen abbauen und neue Prioritäten setzen. Mit dem Sparhaushalt 93 und den Eckwerten für eine Unternehmenssteuerreform hat Finanzminister Waigel klare Rahmenbedingungen geschaffen. Daneben hat die Wirtschaftspolitik einen eigenständigen Auftrag. Privatisierung, Deregulierung und Entbürokratisierung sind die Stichworte.

Der SPD-Vorsitzende Engholm hat in dieser Woche Bereitschaft gezeigt, an einem Solidarpakt für Deutschland mitzuwirken. Das ist ein Fortschritt. Er hebt sich ab von den Propagandamanövern der Opposition gegen den Haushalt 1993. Die bisherigen Vorstellungen der SPD über die Ausgestaltung des Solidarpakts lassen aber einen mangelnden Bürgersinn erkennen. Programm und Realität klaffen weit auseinander.

Bundesregierung und Koalitionsfraktionen haben demgegenüber seit der Wiedervereinigung das umfangreichste Sparprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland durchgesetzt: Insgesamt 67,2 Milliarden Mark. Es geht heute um Solidarität, nicht um Verteilungskämpfe. Augenmaß ist die politische Kardinaltugend dieser Tage. ■

Mit Norwegen will jetzt das 5. EFTA-Land der EG beitreten

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die Entscheidung des Norwegischen Parlaments, dem Regierungsantrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft zuzustimmen, und die Absicht der Regierung, dieses Gesuch noch in diesem Monat bei Großbritanniens Premierminister John Major als amtierendem EG-Ratsvorsitzenden zu überreichen.

Es ist erfreulich, daß trotz der Diskussion um den Maastrichter Vertrag für das Norwegische Parlament die Gemeinschaft unverändert attraktiv geblieben ist. Norwegen ist nach Österreich, Schweden, Finnland und der Schweiz das fünfte Mitgliedsland der EFTA, das der EG beitreten will.

Karl-Heinz Hornhues, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Nach Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sollten die Verhandlungen mit den EFTA-Staaten, die den Beitritt wünschen, rasch — möglichst

schon im Januar 1993 — beginnen. Die Gespräche erst dann aufzunehmen, wenn der Maastrichter Vertrag in allen zwölf Mitgliedstaaten ratifiziert ist, halten wir für falsch.

Diese Staaten sind der EG schon deshalb willkommen, weil sie zu einer politischen und wirtschaftlichen Stärkung der EG beitragen, ohne die weitere Vertiefung zu gefährden. Aufgrund ihres wirtschaftlichen Integrationsniveaus können die EFTA-Staaten dazu beitragen, daß auch die Menschen in Osteuropa eine Perspektive auf Zukunft im eigenen Land erhalten, denn sie erweitern die hierfür mobilisierbaren ökonomischen und finanziellen Ressourcen in der Gemeinschaft.

Voraussetzung für eine EG-Mitgliedschaft der EFTA-Beitrittskandidaten bleibt ihre Zustimmung zur politischen Finalität der Europäischen Union und die Bereitschaft, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik „ohne Fußnoten“ mitzutragen.

Seminar „Ökologisch orientierte Jugendarbeit“

Der christlich demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft veranstaltet vom 18. bis 20. Dezember 1992 in Bitterfeld ein Seminar zum Thema „Ökologisch orientierte Jugendarbeit“. Das Seminar richtet sich an Multiplikatoren der Jugendarbeit aus den neuen Bundesländern und wird im Rahmen des AFT-Programms des Bundesministeriums für Frauen und Jugend durchgeführt. Dargestellt werden an verschiedenen Beispielen Möglichkeiten ökologisch orientierter

Jugendarbeit. Für Jugendliche aus den neuen Bundesländern ist die Teilnahme kostenlos. Die Fahrtkosten werden für die günstigste Fahrtmöglichkeit Bundesbahn/Reichsbahn übernommen.

Weitere Informationen und Anmeldungen bei:

Frischluft Leverkusen e.V.
Postfach 15 02 32
W-5090 Leverkusen 1
Telefon (02 14) 5 71 06.

n-tv als Bereicherung begrüßt

Anläßlich der Aufnahme des Sendebetriebs des privaten Nachrichtenkanals n-tv erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Medienpolitik der CDU, Parlamentarischer Staatssekretär Bernd Neumann:

Es ist sehr zu begrüßen, daß mit der Aufnahme des Sendebetriebs von n-tv am 30. November 1992 das Informationsangebot für den Fernsehzuschauer erweitert wird. Der neue Nachrichtenkanal n-tv bedeutet gleichzeitig eine positive Verstärkung der marktwirtschaftlichen Konkurrenzsituation auf dem privaten Sektor. Er kann mit seriöser Information dazu beitragen, daß das Ansehen des privaten Fernsehens deutlich verbessert wird, denn das bisherige Angebot der Privaten läßt an Qualität sehr zu wünschen übrig. In Anbetracht des durch n-tv und dem-

nächst noch durch Euronews sowie VOX erheblich erweiterten Informationsangebotes im Fernsehen wird offensichtlich, daß für eine erneute Expansion im öffentlich-rechtlichen Bereich weder eine Nachfrage noch eine hinreichende medienpolitische Legitimation besteht. Das gilt für das Projekt eines „Deutschen Informationskanals“ von ARD und ZDF anstelle von ARD 1 plus ebenso wie für eine Kooperation des ZDF mit dem amerikanischen Nachrichtensender CNN, die außerdem medienrechtlich höchst problematisch wäre.

In einer Zeit, wo ARD und ZDF sich in einer ihre Existenz bedrohenden Finanzkrise befinden, ist es nicht zu verantworten, daß diese weiterhin auf Expansionskurs fahren und ihr Programmangebot ausweiten wollen.

Skandal im ZDF

Was für die ARD der — mittlerweile gerichtlich untersagte — Draculablock war, ist seit dem 24. November für das ZDF der Persilblock vor dem Wetter.

Ein Skandal ist es, wie wieder einmal eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt versucht, die geltenden Werbebeschränkungen zu umgehen. Obwohl der Rundfunkstaatsvertrag Unterbrecherwerbung erst bei Sendungen ab 45 Minuten Länge zuläßt, fügt das ZDF Werbung in eine nur rund 20 minütige Sendung ein!

Die formelle Aufteilung der „heute“-Sendung in einen Nachrichten- und einen Wetter-Block als

jeweils eigenständige Sendungen ist nichts anderes als eine künstliche und obskure Trickserie mit dem Medienrecht. Der Persilblock mitten in der Nachrichtensendung verstößt gegen Geist und Sinn des Rundfunkstaatsvertrages. Dieser Werbeblock wird zudem die Akzeptanzprobleme der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten beim Publikum kaum vermindern, wenn nun selbst Nachrichten, ein Markenzeichen der öffentlich-rechtlichen Programmacher, kommerzialisiert werden.

Joseph-Theodor Blank, medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Wenn wir bald auf allen Kanälen puren Kommerz vorfinden, — wozu brauchen wir dann noch Rundfunkgebühren?

Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern wird zielgenauer

Die aktive Arbeitsmarktpolitik wird auch im kommenden Jahr in den neuen Bundesländern bis zu zwei Millionen Menschen vor Arbeitslosigkeit bewahren. Die finanziellen Entlastungen der Bundesanstalt für Arbeit durch die Änderungen des Arbeitsförderungs-gesetzes werden daran nichts ändern, da es sich bei den einzelnen Maßnahmen überwiegend um Verstärkung der Zielgenauigkeit, Verhinderung von Mitnahmeeffekten und sinnvolle Umschichtungen zu neuen Instrumenten handelt. Dem Ziel, mit den vorhandenen begrenzten Mitteln eine optimale Wirkung der Arbeitsförderung zu erreichen, kann kein politisch vernünftig denkender Mensch widersprechen.

Statt dessen wird in der SPD von „Kahlschlag“ geredet, was schon deshalb Unsinn ist, weil trotz der Konsolidierung in den neuen Bundesländern für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im kommenden Jahr mit rund 34 Milliarden DM etwa drei Milliarden DM mehr ausgegeben werden als im laufenden Jahr. Man kann aber eine DM nicht zweimal ausgeben. So sind auf Drängen der neuen Bundesländer durch die zweimalige Verlängerung des Zugangs zum Altersübergangsgeld enorme Mittel der Arbeitsförderung gebunden worden, die natürlich für andere Maßnahmen nicht noch einmal zur Verfügung stehen.

Die SPD hat zunächst behauptet, die AFG-Novelle „schaffe“ 100.000 Arbeitslose, diese Gespensterzahl inzwischen aber unisono auf 150.000 erhöht. Dieses Horror-Gerede ist dumm, hilft den neuen Ländern überhaupt nicht und schadet

dem politischen Klima zwischen West und Ost.

Mit der dumpfen Gleichsetzung, daß, wo Mittel zurückgenommen werden, in gleichem Umfang die Arbeitslosigkeit steigt, leistet die SPD einem allgemeinen Schlendrian und einer Mitnahmementalität Vorschub. Demgegenüber muß festgehalten werden:

- Die Arbeitsförderungsmittel sind so wertvoll, daß sie zum Beispiel nicht zur Beute von Bildungshaien werden dürfen. Wenn die Qualität der beruflichen Bildungsmaßnahmen stärker gesichert wird, wenn Arbeitsmarktorientierungen zum Teil windiger Bildungsträger durch

Von Horst Günther, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Orientierungsgespräche der Arbeitsverwaltung ersetzt werden, steigert das nicht die Arbeitslosigkeit. Bis Ende 1993 werden rund 2,5 Millionen Arbeitnehmer — über ein Viertel der ehemals neun Millionen Beschäftigten in der DDR — in Weiterbildungsmaßnahmen eingetreten sein.

- Wenn in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen niedrige Löhne oder nur noch 80 Prozent der regulären Arbeitszeit bezahlt werden, so mag das für den einzelnen betroffenen Beschäftigten schmerzvoll sein, aber die Arbeitslosigkeit wird dadurch nicht gesteigert. Die vorhandenen Mittel werden nur zur Beschäftigung von mehr Arbeitslosen anders verteilt.
- Wenn die Eingliederung der Aussiedler

konzentriert und in Zukunft vom Bund finanziert wird, so entlastet das die Bundesanstalt für Arbeit, vermehrt aber keine Arbeitslosigkeit.

● Wenn im neuen Arbeitsförderungsinstrument für Sanierungsprojekte und die Beschäftigung von Arbeitslosen in der Sozial- und Jugendarbeit freier Träger ein pauschaler Lohnzuschuß in Höhe des eingesparten Arbeitslosengeldes gezahlt wird, so ist die Förderung zwar geringer als bei ABM, aber mit den notwendigen Anstrengungen zur Sicherung der Restfinanzierung besteht auch die Chance, die Brücke zum regulären Arbeitsmarkt zu schlagen. Und das muß ja nun das Oberziel aller Arbeitsförderungsanstrengungen sein.

● Wenn die Einarbeitungszuschüsse auf 30 Prozent gesenkt, in Ausnahmefällen auf 50 Prozent gehalten werden, ist das für Betriebe immer noch ein besonderer Anreiz; es geht kein Arbeitsplatz verloren, aber Mitnahmeeffekte werden vermindert.

So ist — alles in allem — die AFG-Novelle arbeitsmarktpolitisch vernünftig und sozialpolitisch verantwortbar. Dieses Urteil wird auch noch einmal durch eine Betrachtung der Einzelmaßnahmen bestärkt.

1. Modifizierung der Leistungen für die Eingliederung der Aussiedler

Die Eingliederungsleistungen des AFG für neu einreisende Aussiedler während der Zeiten von Arbeitslosigkeit, beruflicher Fortbildung und Umschulung sowie Deutsch-Lehrgängen werden durch eine aus Bundesmitteln finanzierte bedürftigkeitsabhängige Eingliederungshilfe ersetzt. Diese wird grundsätzlich für

sechs Monate gezahlt. Darüber hinaus werden aus Bundesmitteln die Kosten für die Teilnahme an einem höchstens sechs Monate dauernden Sprachkurs erstattet. Der Bund übernimmt so einen wesentlichen Teil der nach der Einreise erforderlichen Starthilfen. Die Eingliederungshilfe wird bis zu einem Monat länger (7 statt 6 Monate) gezahlt, wenn der Aussiedler aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, nicht unmittelbar nach der Einreise in einen Deutsch-Sprachlehrgang eintreten kann. Er muß den Sprachkurs indes noch innerhalb des ersten Monats begonnen haben.

Auf die Bundesanstalt für Arbeit entfallen für eine Übergangszeit die Kosten für die Eingliederung jener Aussiedler, die bis Ende 1992 nach Deutschland einreisen. Durch die Modifizierung werden die Lasten für die Eingliederung der Aussiedler nicht mehr überwiegend aus dem beitragsfinanzierten BA-Etat bestritten, sondern auf mehrere Schultern verteilt.

2. Mehr Qualität bei Fortbildung und Umschulung

Der explosionsartigen Steigerung von Maßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung folgt die qualitative Konsolidierung:

● Bildungsmaßnahmen müssen vor ihrem Beginn auf Qualität und arbeitsmarktpolitische Zweckmäßigkeit abschließend überprüft sein. Arbeitsämter können damit frühzeitig unsinnige Bildungsmaßnahmen ablehnen. Der Druck, über bereits begonnene Maßnahmen positiv zu entscheiden, entfällt.

● Durch die Verankerung einer Beratungspflicht vor Eintritt der Teilnehmer in eine Bildungsmaßnahme wird deren Anwerbung durch unseriöse Bildungsträger unterbunden.

● Die Mehrfach-Fortbildung und -Umschulung wird eingeschränkt. Arbeitsmarktpolitisch zweckmäßige Weiterbildungsmaßnahmen sollen zielgerichtet ausgewählt werden.

● Erweiterte Arbeitsberatungen unter Fortzahlung von Arbeitslosengeld bzw. -hilfe ersetzen bisherige Kurz-Bildungsmaßnahmen zur beruflichen Orientierung, welche sich in ihrer Qualität kaum kontrollieren ließen und in den neuen Bundesländern zum lukrativen Geschäft nicht immer optimal qualifizierter Träger avancierten.

● Die Sonderregelungen für die neuen Bundesländer, die eine Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen an Hochschulen oder ähnlichen Bildungseinrichtungen befristet bis Ende 1992 vorsahen, sollen bis Ende 1995 verlängert werden. Ebenfalls bis Ende 1995 kann eine umfassende Weiterbildungsförderung in den neuen Bundesländern auch dann erfolgen, wenn ein Arbeitnehmer von Entlassung bedroht ist, die Kündigung sich aber noch nicht konkretisiert hat.

3. Riegel vor Mitnahmeeffekte beim Einarbeitungszuschuß

Einarbeitungszuschüsse gibt es grundsätzlich nur noch in Höhe von 30 Prozent des Lohnes und längstens bis zu einem halben Jahr. Nur in besonders begründeten Ausnahmefällen ist ein 50prozentiger Zuschuß möglich. Damit werden Mitnahmeeffekte eingeschränkt. Insbesondere in den neuen Bundesländern wird der Einarbeitungszuschuß häufig als reine Lohnsubvention ohne korrespondierende konkrete Verpflichtung zur Bildung des Arbeitnehmers angesehen. Wird der geförderte Arbeitnehmer nicht mindestens die doppelte Förderzeit beim Arbeitgeber beschäftigt, hat dieser den Einarbeitungszuschuß zurückzuzahlen.

4. Erweiterte Förderung zur Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit

Die Leistungen für arbeitslose Arbeitnehmer, die sich selbständig machen, werden auch auf diejenigen Arbeitnehmer erstreckt, die sich unmittelbar aus einer Beschäftigung in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme oder aus sog. struktureller Kurzarbeit selbständig machen.

5. Neue Förderkonditionen bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)

Die Förderkonditionen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den neuen Bundesländern werden, wie im Einigungsvertrag vorgesehen, denen der alten Bundesländer angeglichen, sehen aber für eine Übergangszeit weiter Sonderregelungen im Interesse der neuen Bundesländer vor. Dadurch können die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen weiter auf einem hohen Niveau gehalten werden: Ein Zuschuß von 90 oder bei schwer vermittelbaren Arbeitslosen von 100 Prozent der Lohnkosten der ABM-Beschäftigten ist dann möglich, wenn die Arbeitszeit auf 80 Prozent der normalen Voll-Arbeitszeit begrenzt wird. Es sei denn, daß für die ABM-Arbeitnehmer Arbeitsentgelte bis höchstens 90 Prozent der vergleichbaren Arbeitsentgelte anderer Arbeitnehmer vereinbart sind. So können die vorhandenen Mittel auf mehr Betroffene verteilt sowie Anreize zum Wechsel in ein normales Beschäftigungsverhältnis gestärkt werden.

Unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer sog. arbeitsmarktpolitischen „Problemgruppe“ kann in den neuen Bundesländern eine 100prozentige Bezuschussung des Lohnes bei 80prozentiger Arbeitszeit erfolgen, wenn der ABM-Trä-

ger eine Arbeitsförderungs-, Beschäftigungs- und Strukturgesellschaft (ABS) ist.

6. Neues Instrument der Arbeitsförderung

Ein neues Instrument der Arbeitsförderung wird gleichzeitig schon in 1993 rund 50.000 Personen Beschäftigungschancen bei der Umweltsanierung sowie im Bereich der sozialen Dienste und der freien Jugendhilfe bieten. Dazu erhält die Bundesanstalt für Arbeit die Möglichkeit, die Beschäftigung von sonst Arbeitslosen durch einen pauschalierten Zuschuß zu den Lohnkosten in Höhe des ersparten Arbeitslosengeldes bzw. der Arbeitslosenhilfe zu fördern. Das Instrument vermeidet Mitnahmeeffekte und erhält mit der Voraussetzung eines vereinbarten Arbeitsentgeltes von höchstens 90 Prozent des vergleichbaren Arbeitsentgeltes anderer Arbeitnehmer oder mit einer geförderten Arbeitszeit von höchstens 80 Prozent den Anreiz zum Wechsel in ein ungefördertes Vollzeitarbeitsverhältnis. Für 15.000 Beschäftigte im Braunkohlebereich konnte bereits die Restfinanzierung sichergestellt werden. Für etwa 10.000 weitere Beschäftigte in allgemeinen Megaprojekten ist die Finanzierung ebenfalls zwischen der Treuhand und den Ländern einvernehmlich geregelt. Für den Chemiebereich laufen die Verhandlungen; der Einsatz von 7.000 Beschäftigten ist hier angestrebt.

Mit ABM und dem neuen Förderungsinstrument können im Jahr 1993 in Gesamtdeutschland wahrscheinlich mindestens 500.000 Menschen in eine geförderte Beschäftigung eintreten.

7. Präzisierung bei der beruflichen Rehabilitation

Die besonderen Leistungen zur beruflichen Rehabilitation Behinderter werden

nur dann gewährt, wenn sie tatsächlich durch die Behinderung notwendig sind. Behinderte, welche nicht auf die behinderungsspezifischen Eingliederungshilfen angewiesen sind, erhalten die gleichen Leistungen zur Qualifizierung und Umschulung wie Nichtbehinderte.

8. Kurse zum nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses

Die Finanzierung von Kursen zum nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses sowie von allgemeinbildenden Kursen, durch die Versäumnisse des allgemeinen Bildungssystems korrigiert werden, ist aus Mitteln der Beitragszahler der Arbeitslosenversicherung nicht länger vertretbar und wird daher eingestellt.

9. Stabilisierung der Beschäftigungsverhältnisse älterer Arbeitnehmer

Leistungen der Arbeitslosenversicherung sollen nur einsetzen, wenn Arbeitslosigkeit aufgrund wirtschaftlicher Zwänge entsteht, nicht aber, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer einvernehmlich ein früheres Ausscheiden vereinbaren mit dem Ziel, eine Voraussetzung für den Anspruch auf Altersrente wegen Arbeitslosigkeit zu schaffen. Um eine ungerechtfertigte Belastung der Beitragszahler zur Bundesanstalt für Arbeit durch Aufbürdung von Frühverrentungsprogrammen zu vermeiden, wird

- die Anspruchsdauer auf Arbeitslosengeld bei Sperrzeit wegen Arbeitsaufgabe für ältere Arbeitnehmer verkürzt,
- eine Abfindung bei Arbeitsaufgabe ohne wichtigen Grund teilweise auf das Arbeitslosengeld angerechnet sowie
- eine Erstattungspflicht der Arbeitgeber eingeführt.

10. Ergänzende Regelungen

Der Bundesanstalt für Arbeit entstehen im Jahre 1993 Aufwendungen für die Zahlung von Altersübergangsgeld an über 60jährige Personen nur deshalb, weil die Rentenversicherungsträger in den neuen Bundesländern nicht in allen Fällen zeitnah über Rentenanträge von Altersübergangsempfängern entscheiden können. Zum Ausgleich dafür erhält die Bundesanstalt für Arbeit einen pauschalen Ausgleich von 1,6 Milliarden DM für das Jahr 1993. Die Rentenversicherung übernimmt darüber hinaus wieder die Zuständigkeit für Leistungen zur beruflichen Rehabilitation in den Fällen, in denen sie bereits für die medizinische Rehabilitation zuständig ist oder in denen ein begründeter Anspruch auf eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit besteht. Damit bleibt das gesamte Rehabilitationsverfahren in diesen Fällen in einer Hand.

Ferner wird dem Mißbrauch bei Werkverträgen zwischen deutschen und ausländischen Unternehmen vorgebeugt. Die Bundesanstalt für Arbeit erhält die Möglichkeit, in Zukunft auch ohne einen konkreten Anfangsverdacht in Betrieben, die Ausländer beschäftigen, Prüfungen vorzunehmen. Werkvertragsarbeitnehmer werden verpflichtet, ihre Arbeitserlaubnis am Arbeitsplatz mitzuführen. Die Bundesanstalt wird ermächtigt, Gebühren für die Erteilung der Arbeitserlaubnis von Werkvertragsarbeitnehmern zu erheben.

Studentenparlamente:

RCDS vor Jusos und Liberalen

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) ist mit bundesweit 270 Sitzen in den Studentenparlamenten der stärkste deutsche Studentenverband.

Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung der Hochschulrektorenkonferenz, in der die Wahlergebnisse aus dem vergangenen Jahr im Bundesgebiet untersucht wurden. Die Juso-Hochschulgruppe liegt mit insgesamt 201 Sitzen auf dem zweiten Platz, vor der Liberalen Hochschulgruppe (LHG), die auf insgesamt 97 Sitze kommt. Die Wahlbeteiligung lag im bundesweiten Durchschnitt bei nur 23,3 Prozent.

Diese Zahl müsse den Studenten sehr zu denken geben, meinte dazu der RCDS-Bundesvorsitzende Eckhard Wälzholz.

Linke Ausgrenzungspolitik

Obleich der RCDS bundesweit die meisten Sitze in den Studentenparlamenten stelle, trage er lediglich in neun Allgemeinen Studentenausschüssen (Astens) die Verantwortung. „Das ist die Konsequenz einer linken Ausgrenzungspolitik“, meinte Wälzholz. Die Jusos zögen es immer noch vor, mit linken Splittergruppen zu koalieren.

Mehr deutschstämmige Aussiedler im November

Die Zahl deutschstämmiger Aussiedler, die aus Osteuropa in die Bundesrepublik kamen, ist im November auf 26 255 (8 907 mehr als im November 1991) gestiegen. Von Januar bis November 1992 sind nach Auskunft des Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Horst Waffenschmidt, 200 000 Aussiedler in die Bundesrepublik gekommen (Vergleichszeitraum 1991: 203 246).

Freigabe von Haschisch und Mariuhana arbeitet der Drogenmafia in die Hände

Der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Gerster, hat der „Südwest-Presse“ am 6. November 1992 folgendes Interview zum Thema „Freigabe des Drogenkonsums“ gegeben. Die Fragen stellte Heinz-Peter Fincke.

Das Betäubungsmittelgesetz ist in den letzten 20 Jahren mehrmals verschärft worden. Die Zahl der Drogenkonsumenten und Drogenabhängigen ist trotzdem sprunghaft gestiegen. Muß da nicht einmal ein grundlegend anderer Weg im Kampf gegen die Drogen eingeschlagen werden, z.B. durch die kontrollierte Freigabe weicher Drogen?

Gerster: Wir haben in der Bundesrepublik rd. 500.000 Konsumenten weicher Drogen und rd. 120.000 Abhängige von harten Drogen. Für diese Entwicklung gibt es offensichtlich zwei Hauptursachen. Zum einen führt in einer Wohlfahrts-gesellschaft der Frust bei jungen Leuten, denen es oft trotz materieller Sicherheit an Perspektiven zu fehlen scheint, zur Selbstbetäubung. Zum anderen gibt es auf den internationalen Drogenmärkten ein Überangebot; die Drogensyndikate wollen daher auch in der Bundesrepublik mit billigen Einstiegspreisen junge Menschen als Dauerkonsumenten an sich binden. Mit einer Freigabe von Drogen kann ich weder die eine noch die andere Ursache bekämpfen.

Mit den bisherigen Instrumenten kontrollieren wir die bisherige Entwicklung jedenfalls nicht. Deswegen noch einmal die Frage, warum keine Freigabe von Cannabisprodukten, vor allem da es doch keine wissenschaftliche Erkenntnisse über ihre körperliche und psychische Gefähr-

lichkeit gibt? Alkohol geben wir doch auch frei, und da ist die Gefährlichkeit nachgewiesen.

Gerster: Zunächst: Die Theorie von der angeblichen Harmlosigkeit von Cannabisprodukten wird in der Praxis der Drogenberatung tagtäglich widerlegt. Es gibt nicht nur den harmlosen Wochenendkiffer, sondern viele Fälle zumindest starker psychischer Abhängigkeit. Dies sind Leute, die auf der Suche nach dem „Supertrip“ irgendwann bei den „harten Sachen“ landen. Die Drogensyndikate versuchen doch gerade, sich dieses Suchtmuster zunutze zu machen und Konsumenten „weicher Drogen“ möglichst schnell an die Opiate, Kokain und noch stärkere Drogen heranzubringen. Mit einer Freigabe von Haschisch und Mariuhana gieße ich da nur Öl ins Feuer und arbeite der Drogenmafia in die Hände.

Zum Alkohol: Die weit überwiegende Mehrheit der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland trinkt Alkohol und geht damit verantwortlich um. Alkohol ist ein seit unserer frühen Geschichte in unsere Kultur integriertes Genußmittel, teilweise sogar ein Nahrungsmittel. Der Genuß, nicht der Rausch, ist beim Konsum von Alkohol, etwa beim berühmten Glas Wein zum Abendessen, in den allermeisten Fällen das Ziel. Beim Rauchen von Haschisch, einer in unseren Breiten zivilisationsfremden Droge, steht jedoch immer der Rausch, das zeitweilige völlige Ausklinken aus der Realität im Mittelpunkt.

Nach einem Gutachten der psychiatrischen Universitätsklinik Zürich wandert allerdings nur ein Prozent der Konsu-

menten weicher Drogen zu den harten ab.

Gerster: Ich bezweifle diese Zahl, es sind sicherlich viel mehr. Der Kriminalitätsstatistik, die nur konkrete Straftaten, nicht aber die individuelle Suchtgeschichten der Täter wiedergibt, können wir bezüglich des Umsteigeverhaltens von weichen auf harte Drogen nichts entnehmen. Um in diesem Bereich „klare Tatsachen“ zu schaffen, hat der Bundesgesundheitsminister soeben eine Studie zu den sozialen und medizinischen Auswirkungen des Cannabismißbrauchs in Auftrag gegeben. Auch die Befürworter einer Drogenliberalisierung sollten deren Ergebnisse erst einmal abwarten und zur Kenntnis nehmen, daß sich selbst in den Niederlanden, dem angeblichen „Musterlände“ der Drogenfreigabe, der Trend wieder umkehrt. So hat z. B. gerade in den letzten Tagen der Leiter des nationalen Kriminalamtes der Niederlande, Herr Wilzing, vor jeder Form der Legalisierung von Rauschgiften gewarnt; dies bedeute Kapitulation.

Würde eine Freigabe nicht aber auf jeden Fall einen nicht unwesentlichen Kreis entkriminalisieren, von dem die meisten nichts anderes tun, als mit einem Joint für einige Stunden auszusteigen?

Gerster: Auf der Ebene des einfachen Konsumenten, bietet das Strafrecht heute schon zahlreiche Möglichkeiten, von Strafen abzusehen, wenn der Täter in eine Entzugstherapie geht. Vielleicht sollte hier der Gesetzgeber Drogenabhängigen, die wirklich aussteigen wollen, noch weiter entgegenkommen. Ich bin aber strikt dagegen, den Drogenkonsum zu entkriminalisieren; wir brauchen weiterhin die Hemmschwelle der Strafbarkeit. Zugegeben, eine Vielzahl von jungen Leuten scheint die Gefahr einer Vorstrafe nicht mehr abzuschrecken; aber die

Mehrzahl potentieller Endkonsumenten kann ich mit der Strafdrohung doch noch vom Einstieg in die Drogenspirale abhalten.

Wenn ich den Drogenkonsum entkriminalisiere und gleichzeitig den Stoff durch eine staatlich kontrollierte Handelsorganisation zu niedrigen Preisen auf den Markt gebe, kann ich dann nicht den illegalen Handel austrocknen?

Gerster: Ich warne vor der Illusion, der Staat könnte, indem er selbst als Anbieter auftritt, die Drogen-Syndikate aus dem Markt werfen. Die „Ware“ Rauschgift wird heute von straff geführten und arbeitsteilig agierenden Organisationen — ausgerichtet an einem bestehenden oder zu schaffenden Bedarf — kalkuliert, finanziert und unter Ausnutzung modernster Logistik produziert, transportiert und vertrieben. Drogensyndikate sind heute hochleistungsfähige, weltweit arbeitende multinationale Unternehmen in einem illegalen Markt. Ihre Gewinne, allein auf den westlichen Drogenmärkten — Europa und Nordamerika — betragen jährlich rd. 200 Milliarden DM. Zum Vergleich — die Gewinne der 10 größten deutschen Unternehmen lagen 1991 bei 11,47 Mrd. DM; das sind sieben Prozent der Profite des internationalen Rauschgifthandels. Die illegalen Multis werden ihren attraktiven regionalen Absatzmarkt Deutschland mit Klauen und Zähnen verteidigen. Der Staat mag auf den Markt werfen was er will. Die Drogenmafia wird immer in der Lage sein, ein billigeres und „besseres“ Produkt mit noch höherem Suchtpotential anzubieten. Der Einstieg des Staates als Wettbewerber auf dem Drogenmarkt würde einzig und allein zu einer gigantischen Aufblähung des legalen und illegalen Drogenangebotes führen und damit zu einem dramatischen Anstieg des Drogenkonsums. Dies wäre für mich eine Horrorvision.

Berlin – idealer Standort für den Aufbau in den neuen Bundesländern

Ganz im Zeichen einer die Delegierten zutiefst beeindruckenden Grundsatzrede des Bundesvorsitzenden der CDU und Bundeskanzlers Helmut Kohl stand der Beginn des 4. Landesparteitages der Berliner CDU am 27. und 28. November 1992 in der Kongreßhalle am Alexanderplatz. Die weiteren Beratungen konzentrierten sich auf die wirtschaftliche Situation der Hauptstadt sowie die Lage der Frauen und der jungen Generation in der Union.

Die mit Spannung erwartete Rede Helmut Kohls enthielt das klare Bekenntnis zur Berliner Bewerbung um die Olympischen Spiele im Jahre 2000. Helmut Kohl sagte, „es wäre eine große Chance, die Jugend der Welt zehn Jahre nach der Wiedervereinigung, der deutschen Einheit, zu friedlichen Spielen bei uns zu haben“.

Darüber hinaus stellte sich der Bundeskanzler eindeutig hinter den Hauptstadtschluß, „an dem es nichts zu rütteln gäbe“. Den Kritikern, die den Umzug von Regierung und Bundestag sowie die Olympischen Spiele in Berlin aus Kostengründen ablehnen, sagte er voraus, daß die Spiele „mit dem Jahr 2000 als festem Datum ungeahnte Kräfte wecken würden, die anderenfalls nicht zur Geltung kämen“.

Berlins Landessportbundpräsident Manfred von Richthofen sowie der Geschäftsführer der Berliner Olympia GmbH Axel Nawrocki bezeichneten die Äußerung des Bundeskanzlers als entscheidende Weichenstellung für eine erfolgreiche Bewerbung Berlins. Es ist ein wichtiges Signal für die deutsche und

internationale Öffentlichkeit mit einem hohen symbolischen Wert.

Der erste Tag des Parteitags war sehr stark wirtschaftspolitisch akzentuiert. Der Berliner CDU-Vorsitzende und Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen ging in seiner Rede vor allem auf die Zukunftschancen Berlins im zusammenwachsenden Deutschland und Europa ein: Berlin sei ein idealer Standort für den Aufbau in den neuen Ländern und mittelfristig auch für den Aufbau im Osten Europas.

Eberhard Diepgen wies mit allem Nachdruck darauf hin, daß die Wirtschaft augenblicklich das wichtigste Thema in

Mahnung an die junge Generation der CDU: sich nicht nur auf die politische Diskussion beschränken, sondern auch die Übernahme von Verantwortung in einer politischen Gemeinschaft lernen.

Berlin ist, denn sie sei das „Rückgrat der Demokratie“.

Zudem sprach sich Diepgen im Sinne eines vom Landesvorstand vorgelegten Leit Antrag dafür aus, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu verbessern. Unter dem Motto „Vorrang für die Wirtschaft — mehr Arbeit in Berlin“ wurde dieser Leit Antrag mit großer Zustimmung der Delegierten angenommen. Damit ist man dem Ziel, die Wirtschaftsdiskussion wieder zu intensivieren und in den Mittelpunkt zu rücken, ein erhebliches Stück vorangekommen.

Der zweite Tag des Landesparteitags wurde ganz den Frauen und der jungen

Generation in der CDU gewidmet. Der Generalsekretär der Berliner CDU, Karl-Joachim Kierey, stellte in seiner Rede fest, daß die CDU auch „ohne Quote einen guten Schritt vorangekommen“ sei. Dieses kommt zum Ausdruck, daß im 28köpfigen Landesvorstand der Frauenanteil bei 29,7 Prozent liegt. Neben der CDU in Hamburg und Bremen habe die CDU Berlin den höchsten Frauenanteil auf Vorstands- und Mandatsebene, betonte Kierey. Neben der positiven Entwicklung räumte der Generalsekretär aber auch ein, daß es noch Bereiche mit einem „deutlichen Nachholbedarf“ gibt.

Die junge Generation in der CDU mahnte der Generalsekretär, sich nicht nur auf ihren Anteil in der politischen Diskussion zu beschränken, sondern auch politisches Verhalten und die Übernahme von Verantwortung in einer politischen Gemeinschaft zu lernen. „Denn erst danach kommt in der Regel das Mandat.“ Zudem vertrat er die These, daß die Übernahme von politischer Verantwortung einhergehen sollte mit dem Abschluß einer beruflichen Ausbildung. Abschließend befaßte sich der Parteitag

in mehreren Arbeitskreisen mit der Situation der Frauen und der jungen Generation in der Partei sowie mit der Gewalt in der Gesellschaft. Hierzu wurde ein umfangreiches Papier der Jungen Union und der Frauen-Union verabschiedet. Darin wird die energische Absage an jede Form von Gewalt unterstrichen. Zur Eindämmung von Gewalt sei die konsequente Zusammenarbeit von Elternhaus, Schule, Behörden, Parteien und Verbänden geboten.

Leistungsbereitschaft zeigen

In der Gesellschaft dürften nicht nur Ansprüche gestellt, sondern müsse auch Leistungsbereitschaft gezeigt werden, „Leistung und Verantwortung müssen sich wieder lohnen“. Vorrangige Aufgabe der Politik muß in Zukunft sein, soziale Probleme nicht zu politischen Bewegungen werden zu lassen.

Nach ausführlichen Berichterstattungen zu den Ergebnissen aus den Arbeitskreisen wurde ein Parteitag beendet, der sich durch rege Mitarbeit und hohes Engagement seiner Delegierten auszeichnete.

Über 18 000 Arbeitsplätze gesichert

Wir werden den wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Bundesländern schaffen, wenn wir uns auf unsere gemeinsamen Tugenden besinnen — unseren Leistungswillen, die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung und das Vertrauen in die eigene Kraft.

Ein hervorragendes Beispiel hierfür ist das Engagement der Siemens AG in den neuen Bundesländern und besonders hier in Schwerin. Mit diesem Beitrag sichert Ihr Unternehmen an 14 Fertigungsstandorten in den neuen

Bundesländern über 18.000 Arbeitsplätze. Damit gibt Siemens zugleich ein gutes Beispiel dafür, daß der notwendige wirtschaftliche Neuanfang zu schaffen ist. Im Engagement der Siemens AG in den neuen Bundesländern verbindet sich unternehmerischer Weitblick mit patriotischer Gesinnung.

Bundeskanzler Helmut Kohl
anläßlich eines Besuches der
Siemens Kabelwerke in Schwerin
am 17. November 1992

Eine sichere und menschliche Zukunft – durch Leistung und soziale Verantwortung

Dieses Thema war dem 4. Landesparteitag der CDU Sachsen-Anhalt am 21. November in Halle vorangestellt. Es prägte die engagierte Rede des Vorsitzenden der CDU Sachsen-Anhalt, Ministerpräsident Werner Münch, vor den mehr als 300 Delegierten und Gästen.

Neben der Standortbestimmung stand der Ausblick auf die Schwerpunkte der Landespolitik. Er wandte sich entschieden gegen politische Kräfte, „die der Bevölkerung angesichts der schwierigen Aufgaben der Übergangszeit gezielt Mißmut einzuflößen bestrebt sind“. Er forderte die Parteimitglieder auf, die beflügelnde Stimmung der Wendezeit wiederzubeleben. „Die Bürger in Sachsen-Anhalt können auf das gemeinsam Erreichte stolz sein. Führende Wirtschaftsforschungsinstitute bescheinigen gerade diesem Land wegen seiner Standortvorteile eine gute Zukunft.“

Zusammenfassend für das Engagement der CDU Sachsen-Anhalt setzte der Landesvorsitzende sieben klare Orientierungspunkte, aus denen sich auch das Profil der Landespartei für den Landtagswahlkampf 1994 ergeben:

- Keine Deindustrialisierung Sachsen-Anhalts mit der CDU,
- Erhaltung der Schlüsselindustrien und ein gesunder Mittelstand als Rückgrat der Wirtschaft,
- Erhalt des Chemie-Dreiecks im Süden des Landes,
- Aufbau einer hochmodernen, umweltverträglichen High-Tech-Chemie,
- Bewahrung der Schöpfung, verbunden mit einer aktiven Umweltpolitik als urkonservativer Aufgabe.

Ziel: ökologischer Generationsvertrag,
● Landwirtschaft Sachsen-Anhalt mit den Aufgaben:

- ▶ Fortschreibung der Reprivatisierung;
- ▶ Schaffung moderner, leistungsstarker Produktionseinheiten,
- Verbesserung auf dem Wohnungsmarkt durch Privatisierung von Wohnungseigentum,
- Flexible Arbeitsmarktpolitik, die Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit finanziert,
- Aufbau einer modernen, funktionsfähigen und effizienten Verwaltungsorganisation mit den Schwerpunkten:
 - ▶ Verwaltungs- und Gebietsreform;
 - ▶ Erhalt der Mittelinstanzen in Form von drei Regierungsbezirken;
 - ▶ Reduzierung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf dem Niveau der Altländer.

Neben diesen Schwerpunkten enthält das durch den 4. Landesparteitag einstimmig beschlossene Grundsatzprogramm der CDU Sachsen-Anhalt viele weitere wichtige Aspekte. Mit diesem Programm bieten wir den Menschen in unserem jungen Bundesland ein klares Programm.

Weniger Umverpackungen

Seit Einführung des Dualen Systems zur Wiederverwertung von Verpackungen am 1. April haben die Hersteller bereits auf etwa 80 Prozent der Umverpackungen ihrer Produkte verzichtet. Mit zunehmendem Erfolg wirkt der Einzelhandel auch auf die Hersteller ein, Kunststoffverpackungen durch Verpackungen aus Karton, Papier oder Glas zu ersetzen.

Frauen in der Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesministerin für Frauen und Jugend, Angela Merkel, zur Vorstellung der Broschüre „Frauen in der Bundesrepublik Deutschland“:

Die erste Auflage dieser Broschüre erschien bereits in den 70er Jahren, die letzte 1989. Inzwischen sind wir bei der fünften Fassung, und diese können wir erstmals für ganz Deutschland vorlegen.

Zur Situation der Frauen in Ausbildung und Beruf lassen sich in den alten wie den neuen Bundesländern Gemeinsamkeiten und Unterschiede finden: Gemeinsam ist z. B., daß Mädchen inzwischen eine ebenso gute Ausbildung erhalten wie Jungen. Gemeinsam ist aber auch, daß trotz hervorragender Qualifikationen Frauen in Führungspositionen nach wie vor unterrepräsentiert sind.

Dies ist in hohem Maße auf die Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zurückzuführen. Ein zentrales Anliegen des Gleichberechtigungsgesetzes, das zum Ende des Jahres als Referentenentwurf vorliegen soll, ist daher auch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Beschäftigte in den obersten Bundesbehörden. Wir wollen, daß zukünftig grundsätzlich alle Stellen auch in Teilzeit ausgeschrieben werden und daß Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung grundsätzlich nicht mehr zur Benachteiligung beim beruflichen Aufstieg führen.

Auch in der gewerblichen Wirtschaft muß die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärker Berücksichtigung finden. Hier müssen die Tarifpartner gemeinsam darüber nachdenken, ob sich Zuwächse immer nur ausschließlich in Lohn- und Gehaltssteigerungen und einer Senkung

der Wochenarbeitszeit niederschlagen müssen.

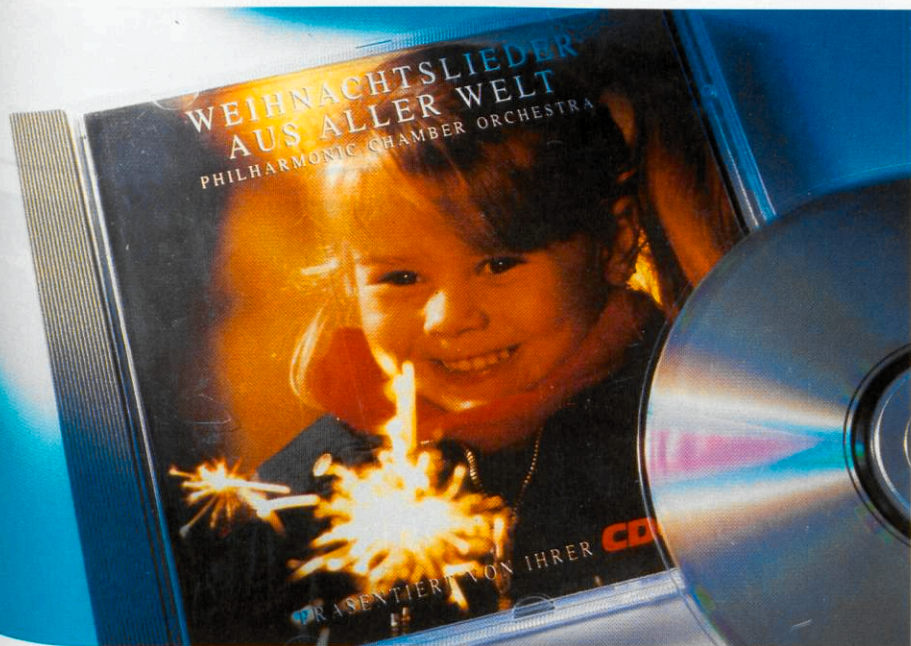
In der Broschüre wird auch eindeutig nachgewiesen, daß in den neuen Bundesländern die Frauen stärker unter den Folgen des Wirtschaftsumbaus leiden als die Männer. Ihr Anteil an der Arbeitslosigkeit ist inzwischen auf 64,7 Prozent angewachsen.

Hier ist es als Antwort natürlich z. B. weder möglich, Betriebe zu verpflichten, zur Hälfte Frauen einzustellen, noch ist es möglich, Unternehmer darauf zu verpflichten, Betriebe vorrangig in Bereichen mit einem hohen Frauenerwerbsanteil, z. B. im Textilbereich, zu gründen. Zuerst kommt es vielmehr darauf an, die Investitionstätigkeit in den neuen Bundesländern überhaupt zu beleben und zu fördern, um so dauerhafte und zukunfts-trächtige Arbeitsplätze zu schaffen. Eine gute Wirtschaftspolitik ist deshalb auch eine gute Frauenpolitik.

Einfluß nehmen können wir aber auf die Beteiligung der Frauen bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Im Rahmen der AFG-Novelle ist es erstmals gelungen, im § 2 Nr. 5 die Ergänzung „Frauen sollen entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen gefördert werden“ durchzusetzen, und zwar für die gesamte Bundesrepublik Deutschland. Eine Soll-Vorschrift bedeutet dabei, daß nur in begründeten Einzelfällen hiervon abgewichen werden darf.

Die Broschüre kann kostenlos bezogen werden beim Bundesministerium für Frauen und Jugend, Kennedyallee 105–107, 5300 Bonn 2.

Weihnachtswerbemittel



● Weihnachts-CD

Bestell-Nr. 9450

Verpackungseinheit: 1 Stück

Preis je Einheit: 6,40 DM

● Weihnachtsposter

Bestell-Nr. 8013

Verpackungseinheit: 50 Stück

Preis je Einheit: 18,50 DM

● Weihnachtsliederbuch

Bestell-Nr. 2867

Verpackungseinheit: 25 Stück

Preis je Einheit: 18,75 DM

● Weihnachtspostkarte

Bestell-Nr. 9453

Verpackungseinheit: 100 Stück

Preis je Einheit: 9,90 DM

● Winterschal

Bestell-Nr. 9362

Verpackungseinheit: 5 Stück

Preis je Einheit: 47,25 DM



● Musik aus Europa, CD

Bestell-Nr. 9544

Verpackungseinheit: 1 Stück

Preis je Einheit: 6,40 DM

Bestellungen an: IS-Versandzentrum
Postfach 1328, 4804 Versmold

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

UiD

38/1992

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje, Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis:** jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.